

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

9.4.1932 (No. 83)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Hauptstadt
Nr. 953
und 954
Postkontor
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Nichterhaltenen Karlsruher Adressen, die als Postkasten gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht ein. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortlichkeit für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Freifläche im Städtebau

Von Dr. Max Beyer

Wie eng waren in unseren alten Städten die Wohnhäuser aneinandergesetzt, wie wurde auch die kleinste Fläche ausgenutzt, um Raum für Wohnzwecke zu schaffen. Wie dicht wohnen die Menschen aneinander, und wenn schließlich gar keine freien Flächen für Bebauungszwecke mehr vorhanden waren, so stockte man auf die vorhandenen Häuser neue Wohnungen auf. Solange die Städte von einer Stadtmauer umgeben waren, die ihre Ausdehnung selbst bei wachsender Bevölkerungszahl unmöglich machte, war es auch gar nicht anders möglich, als daß eben innerhalb der Mauern erforderlichenfalls jeder freie Raum für die Unterbringung der Bevölkerung ausgenutzt wurde. Aber auch, als die Stadtmauern gefallen waren, bestand noch eine gewisse Scheu, Wohnhäuser in größerer Entfernung von dem Kern der Städte und ihren Geschäftsvierteln zu erbauen. Man wohnte lieber dicht und gesund, als daß man weite Wege zurücklegte. Erst der moderne Schnellverkehr brachte in dieser Hinsicht Wandel. Man begann nun, die Wohngebiete aus den Geschäftszentren herauszuverlegen und in den Außenbezirken weiträumiger zu bauen. Dieser enge Zusammenhang zwischen Siedlung und Verkehrswege ist auch heute noch vorhanden. Die Verkehrsentwicklung muß dem Städtebau voranschreiten, und erst durch den Bau von Straßenbahnen, die Eröffnung von Omnibuslinien usw. werden genügend große Freiflächen dem Wohnungsbau erschlossen, um es diesem zu ermöglichen, in bezug auf die Ausnutzung des Raumes sehr viel freierzügiger und weitherziger als bisher zu sein.

Der moderne Städtebau sieht in der Schaffung möglichst großer Freiflächen innerhalb der Wohnbezirke mit Recht seine allerwichtigste Aufgabe. In dieser Hinsicht hat die Entwicklung heute noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht, denn es kann noch viel weiterentwickelt werden, es können noch viel mehr Grünflächen geschaffen werden, als es heute im allgemeinen aus wirtschaftlichen Gründen zu geschehen pflegt. Man rechnet heute auf den Kopf der Wohnbevölkerung eine öffentliche Freifläche von 30 Quadratmetern; aber nur in verhältnismäßig wenigen, neu errichteten städtischen Wohnbezirken ist eine so große Freifläche je Kopf der Bevölkerung wirklich vorhanden. Die Verwendung der Freiflächen ist natürlich in jedem Einzelfalle verschieden, je nach den vorhandenen Bedürfnissen und Wünschen. Aber etwa die Hälfte der vorhandenen öffentlichen Freiflächen sollte in einem modernen Stadtbezirk oder in einer neu errichteten Wohnsiedlung auf größere zusammenhängende Volkspark- und Waldanlagen entfallen. Dazu kommen dann Promenaden, Sportplätze und Kinderspielplätze, Schul- und botanische Gärten, sonstige öffentliche Damergründe, Friedhöfe usw. Neben den öffentlichen Freiflächen sollen aber auch noch möglichst große, in privatem Besitz befindliche Grünflächen vorhanden sein, insbesondere also Schrebergärten, Vorgärten oder sonstige Privatgärten in unmittelbarer Nachbarschaft der Wohnhäuser.

Das Ergebnis der modernen Freiflächenpolitik ist, daß die Siedlungsdichte sich wesentlich verringert. Weit schwieriger als die Schaffung ausreichender Freiflächen für Neusiedlungen ist natürlich die Auflockerung alter städtischer Wohnviertel. Hier scheitert heute oft jeder Fortschrittswille an den zu hohen Kosten. Durch moderne Bauordnungen kann hier jedoch wenigstens dafür Sorge getragen werden, daß Baubeschränkungen in vernünftigen und erträglichen Grenzen eine allmähliche Verringerung der Bodenausnutzung herbeiführen. Um dieses Ziel wenigstens für spätere Zeiten zu erreichen oder sich ihm zu nähern, sollten alle Gemeinden ihre Bauordnungen so bald wie möglich im Sinne einer modernen Umgestaltung der Wohnviertel und der Baugesamtheiten revidieren. Rasterhafte Siedlungen wird man freilich nur in neu angelegten Stadtvierteln schaffen können. Wenn hier der Bebauungsplan von vornherein möglichst große Freiflächen, breite Straßen und geringe Bodenausnutzung vorschreibt, so braucht hierdurch keineswegs immer eine nennenswerte Verteuerung der Bodenpreise und damit der Wohnungen verursacht zu werden. Die Hauptsache ist, daß die nötigen Vorschriften erlassen werden, bevor die Bodenpreise eine bestimmte Höhe erreicht haben.

Der „Internationale Kongress für Neues Bauen“ hat auf der Berliner Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen auf Grund der Ergebnisse jahrelanger Arbeiten die heutigen Bauprobleme dargestellt und gezeigt, auf wie viele verschiedene Arten die Fragen der Aufschließung und der Bauhöhen für Wohnviertel angepaßt werden können, um den Anforderungen des Lebens gerecht zu werden. Nur durch wirtschaftlich, sozial und psychologisch richtig durchdachte Aufschließungsmethoden können aber gesunde Wohnsiedlungen geschaffen werden. Der Flächennutzungsplan ist freilich oft nur ein Wunsch- und Idealbild. Die Größe der Freiflächen findet ihre Grenze nicht nur an den finanziellen Gesichtspunkten, sondern auch an den zu schaffenden Verkehrsverhältnissen. Je stärker die Siedlungen dezentralisiert werden, desto weiter werden die Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte.

Auch hier ist die Entwicklung in der Richtung zum Fortschritt wichtiger als die Erreichung des letzten Ziels. Aber an der Erweiterung der Freiflächen in allen Wohnbezirken zu arbeiten, um überall Licht, Luft, Sonne und damit der Gesundheit Zutritt zu den Wohnungen zu gewährleisten, das sollte auch in den Zeiten der Not keine Gemeinde unterlassen.

Start des „Graf Zeppelin“ zur Rückfahrt

W.D. Friedrichshafen, 9. April. (Tel.) Nach einem beim Luftschiffbau eingegangenen Telegramm ist der Start des „Graf Zeppelin“ zur Rückfahrt von Bernabuco nach Friedrichshafen um 8.10 Uhr MZ, erfolgt.

Keiner darf Sonntag fehlen!

Der letzte Appell des Hindenburg-Ausschusses

In dem schon gemeldeten letzten Appell der Hindenburg-Ausschüsse heißt es ferner: Der Verlauf des vor dem Abschluss stehenden zweiten Wahlkampfes um die Reichspräsidentenschaft hat dem deutschen Volke die Bedeutung der Wahl am 10. April klar vor Augen geführt. Millionen und Abermillionen fühlen sich an diesem Tage von einer gewaltigen Welle der nationalen Leidenschaft erfasst. Niemand denkt mehr daran, sich der Wahlpflicht etwa deshalb zu entziehen, weil er die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg für gesichert hält. Jeder weiß, daß es um viel größere Dinge geht; es geht um die Geschlossenheit der Volksgemeinschaft gegenüber der Welt, um die Einigkeit der Nation in einem Augenblick, wo die entscheidenden Schlachten des deutschen Freiheitskampfes bevorstehen.

Es ist an diesem Wahltag eine Gelegenheit wie nie geboten, dem Gedanken der Volksgemeinschaft gegenüber aller innerpolitischen Zwietracht endlich einmal zum Siege zu verhelfen. Wer sich der Dankeschuld gegenüber unserem großen Mann und wer sich der politischen Notwendigkeit der großen Stunde bewußt ist, und wer dennoch aus Gleichgültigkeit oder falscher Sicherheit der Wahl fernbleibt, der handelt charakterlos, der schaltet sich aus von der Front der pflichtbewußten und deutsch empfindenden Männer und Frauen, der schädigt den deutschen Freiheitskampf.

Niemand darf sich von den Gegnern in falscher Sicherheit wiegen lassen, niemand darf sich die überragende Bedeutung dieser Stunde verbunkeln lassen. Es darf keine Stimme bei der Wahl fehlen. Greise, Kranke und Gebrechliche finden bereitwillige Wahlhilfe. Ohne Wahlschein darf niemand selbst nicht auf die dringendste Weise gehen. Wer will sich später schämen, daß er an diesem Ehrenstag der Nation, daß er bei dieser bedeutungsvollen nationalen Kundgebung nicht dabei gewesen ist?

Letzte Nachrichten

England erwartet Hindenburgs Sieg

W.D. London, 9. April. (Tel.) Über die Erfolgsaussichten der morgigen Wahl gibt es unter den englischen Beobachtern der deutschen politischen Lage an Ort und Stelle nur eine Meinung: Der Sieg Hindenburgs wird von allen als sicher erachtet.

„Morningpost“ unterstreicht die Bedeutung einer absoluten Mehrheit Hindenburgs. Sie würde die Regierung Brüning im Kampf gegen ihre Auflösung sehr stärken. „News Chronicle“ hebt ebenfalls keinen Zweifel an Hindenburgs Sieg. Die Ordnung, Disziplin, Achtsamkeit, für die Hindenburg garantierte, seien ein getreues Spiegelbild der wirklichen Geistesverfassung des deutschen Volkes.

Preussischer Landtag Dienstag

W.D. Berlin, 9. April. (Priv.-Tel.) Der Preussische Landtag ist am Samstagmittag telegraphisch zu einer Plenarsitzung für Dienstag, den 12. April, mittags 12 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen, wie wir hören, nur zwei Gegenstände, und zwar die Änderung des § 20 der Geschäftsordnung über die Wahl des Ministerpräsidenten, und der kommunistische Antrag, der sich gegen angebliche Wahlbeeinträchtigungen der Kommunisten richtet. Die Plenarsitzung wird voraussichtlich nur einen Tag dauern.

Zweieinhalb Jahre Festung gegen Scheringer beantragt

W.D. Leipzig, 9. April. (Tel.) Im Hochverratsprozess gegen Reichswehrleutnant a. D. Scheringer vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft gegen den Angeklagten eine Festungshaft von zwei Jahren und sechs Monaten, unter Anrechnung von sechs Monaten der Untersuchungshaft.

Untersuchung gegen einen Münchener Saboteur

W.D. München, 9. April. (Priv.-Tel.) Wie der Polizeibericht mitteilt, soll ein hier wohnender Fabrikant, der sich noch vor Jahresfrist als Stabsarztführer der SA betätigt habe, vor dem Reichsgericht angeklagt sein. Er soll sich an der Welt zu schaffen und zu diesem Zweck Geldmittel zur Verfügung gestellt haben. Die Erhebungen der Polizei hätten am 7. April zur Festnahme von 6 Personen geführt, die dem Amtsgericht München vorgeführt worden seien.

Die kommunalen Stillhalteverhandlungen. In den Verhandlungen der ausländischen Schulden der öffentlichen Hand sind, wie aus Wien gemeldet wird, wesentliche Fortschritte erzielt worden, so daß mit ihrem Abschluss in den nächsten Tagen gerechnet werden kann. Von der Schuldsumme sollen 10 Prozent sofort nach Abschluss des Abkommens, das für ein Jahr gelten soll, zurückgezahlt werden. Der Rest soll mindestens 6 Prozent, jedoch 2 Prozent über dem Diskontfuß des Gläubigerlandes liegen.

* Zur politischen Lage

Zur Reichspräsidentenwahl

Eine ganze Reihe von Anzeichen spricht dafür, daß sich die Hindenburgwähler des 13. März in der Zwischenzeit über die Notwendigkeit einer regen Wahlbeteiligung am morgigen Tage durchaus klar geworden sind, und daß kaum jemand, der am 13. März Hindenburg wählte, daran denkt, sich morgen durch Lässigkeit und Bequemlichkeit der Wahlpflicht zu entziehen. Im ganzen ist der Wahlkampf diesmal nicht ganz so geräuschvoll verlaufen wie beim ersten Wahlgang. Ein wenig durfte man eben doch auf die Vernunft der Wähler vertrauen. Es genügt, wenn man ihnen täglich in ernster Weise vor Augen führte, worauf es am morgigen Tage ankommt. Und das ist in der Presse und in den Reden wahrlich zur Genüge geschehen.

Das Ausland wird mit der größten Aufmerksamkeit die Wahl des morgigen Tages verfolgen. Daß die Stabilität der deutschen Verhältnisse durch die Wiederwahl Hindenburgs garantiert wird, daß unser Kredit im Ausland eine weitere Befestigung erfährt, wenn Herr von Hindenburg morgen mit einer noch größeren Stimmenzahl als am 13. März zum Reichspräsidenten gewählt wird, das wissen wir alle ganz genau. Und ebenso gut wissen wir, daß Reichspräsident von Hindenburg auch nach seiner Wiederwahl nun und nimmer eine Außenpolitik hinnehmen würde, die der nationalen Würde auch nur das Geringste vergibt. Die Spekulation auf die Möglichkeit einer größeren deutschen Nachgiebigkeit unter der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs verurteilt sich ganz von selbst als völlig unsinnig. Ganz abgesehen davon, daß ein vom Reichkanzler Dr. Brüning geleitetes Kabinett gewiß nicht die Hand dazu bieten würde, deutsche Rechte und Forderungen preiszugeben.

Wirtschaftlich wird die morgige Wiederwahl Hindenburgs einen höchst unerwünschten Zustand der Ungewißheit beendigen. Für die deutsche Wirtschaft und ihre Interessen war dieser Wahlgang gewiß nicht erfreulich. Und es wäre zweifellos viel besser gewesen, wenn man die Wiederwahl Hindenburgs auf dem seinerzeit vom Reichskanzler vorgeschlagenen Wege eines Parlamentsbeschlusses hätte erreichen können. Auch die wirtschaftlichen Erwägungen werden morgen nicht nur die alten Hindenburgwähler, sondern darüber hinaus noch viele Tausende und Tausende anderer Wähler veranlassen, ihre Stimme dem Manne zu geben, von dessen Wiederwahl sie mit Recht eine Förderung unseres ganzen Wirtschaftslebens erwarten.

Die Donau-Konferenz

Die Londoner Donau-Konferenz ist resultatlos verlaufen und infolgedessen auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Zunächst sollen jetzt die beteiligten Donaustaaten sich unter sich verständigen und ihre Wünsche anmelden. Erst dann wird eine abschließende, große Donau-Konferenz zu erwarten sein.

Wieder war es der Eigennutz Frankreichs, der den Mißerfolg verschuldete. Herr Tardieu hatte von vornherein Vorschläge ausgearbeitet, von denen er sich sagen mußte, daß Deutschland und Italien auf sie nicht eingehen können, ohne sich selbst aufs schwerste zu schädigen. Es ist ein Unfug, die Sanierung einer Firma in der Weise zu betreiben, daß mit der Sanierung eine andere Firma ruiniert wird. Das aber war und ist die Tendenz des französischen Planes. Der Verzicht Deutschlands auf den bisherigen Zollzustand würde dazu führen, daß die Tschechoslowakei in wirtschaftlicher Beziehung den Platz Deutschlands einnimmt und von sich aus das ganze Exportgeschäft einsteckt, das jetzt Deutschland macht. Gewiß ist Deutschland bereit, zuzustimmen, daß dem am meisten notleidenden Österreich einseitige Vorzugszölle für Industrie und Landwirtschaft gewährt werden, mag auch dieses Entgegenkommen schon ein großes Opfer für Deutschland sein. Denn dadurch, daß die Donaustaaten ihre Erzeugnisse in Österreich vorzugsweise absetzen könnten, würde dem deutschen Handel dort eine schwere Konkurrenz bereitet werden, und ebenso würde der deutsche Export nach den anderen Großmächten, die den Donaustaaten Zollvorzüge gewähren, beeinträchtigt werden.

Deutschland schlägt weiter vor, daß den vier Donaustaaten Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien Vorzugszölle für ihre Getreideerzeugnisse gewährt werden. Absichtlich wird bei diesen deutschen Vorschlägen die Tschechoslowakei außerhalb des ganzen Rahmens gelassen.

fen; und zwar mit der sehr richtigen Begründung, daß die Tschechoslowakei ja gar nicht wirklich notleidend sei und ihr Gebiet nur mit einem schmalen Grenzteil die Donau berühre. Dagegen wünscht Deutschland die Vereinnahmung Bulgariens, das ja wirklich ein Donaustaats ist. Frankreich ist auf der Londoner Konferenz hartnäckig bei seinen Vorschlägen geblieben, obwohl sie für Deutschland unannehmbar sind. Aus politischen Gründen lehnt Frankreich die Herausnahme der Tschechoslowakei und die Vereinnahmung Bulgariens aus dem Donauplan ab. Mit Hilfe der Tschechoslowakei und mit Hilfe Jugoslawiens und Rumäniens sollen ja gerade Österreich und Ungarn durch die Donauföderation ein für allemal an die Seite der französischen Hegemoniepolitik gelegt werden; und Paris kann deshalb einen unabhängigen Staat wie Bulgarien absolut nicht im Bereich dieser Föderation gebrauchen. Man wird jetzt sehen, ob in der nächsten Woche in Genf Frankreich zu einer besseren Einsicht gebracht werden kann.

Über die Art und Weise der finanziellen Hilfe für die notleidenden Donaustaaten hat man sich in London anscheinend erst gar nicht unterhalten, nachdem schon in wirtschafts- und zollpolitischer Hinsicht die Unvereinbarkeit der gegenseitigen Anschauungen evident geworden war.

Die Wahlen des 24. April

Sowie die Reichspräsidentenwahl vorüber ist, wird sich das ganze Interesse der politischen Öffentlichkeit auf die Landeswahlen konzentrieren, die am 24. April stattfinden sollen. In den Kreisen der preussischen Regierung besteht nach Zeitungsmeldungen die Absicht, die Geschäftsordnung des Landtags dahin zu ändern, daß in Zukunft der Ministerpräsident vom Parlament mit absoluter Mehrheit gewählt werden soll. Man rechnet damit, daß kein Kandidat eine solche absolute Mehrheit bekommen wird, und daß dann das Kabinett Braun als Geschäftsministerium weiter amtieren könnte.

Die Idee hat zweifellos manches für sich. Aber es wird wohl bei ihrer Erörterung nicht genügend die Tatsache berücksichtigt, daß im neuen Landesparlament jederzeit eine neue Mehrheit diese Änderung der Geschäftsordnung wieder beseitigen kann, und daß dann die Wahl eines Ministerpräsidenten nach dem alten Brauch, also mit relativer Mehrheit durchaus möglich wäre.

Schuldenabbau in den Ländern

Aus dem vorliegenden Bericht über die Entwicklung der Landesschulden bis zum 30. September 1931 ergibt sich, daß im zweiten Viertel des Rechnungsjahres 1931/32 eine nicht unerhebliche Verminderung der Landesschulden erreicht werden konnte. Es wurden in diesem Zeitraum zwar noch Schulden in Höhe von 294,3 Millionen Reichsmark von den Ländern neu aufgenommen, gleichzeitig aber Schulden im Betrage von 875,6 Millionen Reichsmark getilgt. Infolgedessen sank die Gesamtschuld der Länder von 2258,9 Millionen Reichsmark auf 2177,6 Millionen Reichsmark. Je Einwohner betrug die Schuldenlast Ende September vorigen Jahres 35,82 RM, oder 1,34 RM weniger, als im Vierteljahr zuvor. Besonders groß war die Abnahme von Inlandsdarlehen infolge umfangreicher Einlösungen. Aber auch die kurzfristigen Auslandsschulden haben sich um 18,5 Millionen Reichsmark oder um 15 Prozent vermindert. Dagegen ist bei den kurzfristigen Inlandsdarlehen eine Zunahme um 50,6 Millionen Reichsmark festzustellen.

Von der Gesamtschuld der Länder sind 700 Millionen Reichsmark kurzfristig, etwa 500 Millionen Reichsmark mittelfristig und der Rest langfristig. Von den einzelnen Ländern hat Preußen seine Schuld am meisten abgebaut, relativ aber war die Schuldenabnahme in Hessen noch erheblich stärker. Bayern tilgte Schulden in Höhe von 24,4 Millionen Reichsmark, hauptsächlich durch Einlösung von Auslandsschulden. Eine Schuldenzunahme haben dagegen Sachsen und Mecklenburg-Strelitz aufzuweisen. Auch in den Hansestädten sind die Schulden nicht unerheblich gewachsen, hauptsächlich infolge der verhältnismäßig hohen Schuldenvermehrung in Bremen, die wiederum mit der Restrukturierung der Schröder-Bank zusammenhängt.

Der Große Nationalrat hat sich — wie aus Rom gemeldet wird — in einer Entscheidung für die Revision der Friedensverträge, für den Verzicht auf Reparationen und für Annullierung der Kriegsschulden ausgesprochen.

Sreiburger Theaterbrief

Mit der Lustspieltheater ist es heutzutage im allgemeinen jammervoll bestellt. Man tut gut daran, wenig oder gar nichts zu erwarten und wird so vor zu großer Enttäuschung bewahrt. Bei der verblüffenden Anpruchslosigkeit des Publikums, wie man sie allenthalben antrifft, brauchen die Autoren sich nicht gar so sehr zu beschweren. Ob einer ein ordentlich gebautes Stück fertig bringt mit einer einigermaßen logischen Verknüpfung der Ereignisse und mit natürlicher Menschen, oder ob er flache Oberfläche bietet mit Ill treibenden Marionetten: die Zuhörer lachen Salven und klatschen Beifall wie toll. Die Uraufführung von „Rach treibt Politik“ von Stefan W. Salm lieferte neuerdings den Beweis. Ein gewisses Geschick in der Führung des Dialogs, einige Einfälle an faktatischem Witz und gut sitzende Giebel auf die falsche Demokratie und parlamentarischen Schwindel waren nicht zu unterlassen, irgend ein Versuch aber, zu ernsterer Behandlung der angeklippten Probleme nirgendwo zu sehen. Ernst Sachs Leitung brachte die drei Akte in flotten Lauf, Präzision Form gewann wieder durch den Reiz ihrer Erscheinung und die Gespitztheit der Sprache, Herr Betzer durch überschüssiges Temperament, und der äußere Erfolg war da. — Stadt und Universität luden zu einer Goethe-Morgensfeier ein. Volkstümlich war sie nur in einem Teil, in der vom Oberpielliker Felsenstein mit starker Innerlichkeit rezitierten Gedichten und in der musikalischen Umrahmung, als das Orchester unter Generalmusikdirektor Balzer die „Geschöpfe des Prometheus“ und die Ouvertüre zu „Egmont“ spielte. Der Mittelpunkt, der Vortrag des Dr. Schobowaldt, Professor für Klassische Philologie, war für Epitaphen: rhetorisch auf hohem Niveau, inhaltlich rein akademisch, für die Mehrzahl der Hörer dunkel. Die Tragödie „Faust I“ sollte die Hauptvorstellung werden; sie wurde es nur zum Teil. Darstellerisch hatte sie die Grenzen, die sich bei der derzeitigen Zusammen-

Sie Hindenburg!

Der Kanzler in Stettin

Reichskanzler Dr. Brüning sprach am Freitagabend in den Messehallen in Stettin vor mehr als 10 000 Personen. Der Kanzler führte u. a. aus:

Ich halte mich für verpflichtet, hier im Osten auf ein paar Dinge ergänzend einzugehen, weil ich angefaßt der ungeheuren Verheerung der Massen glaube, es dem Herrn Reichspräsidenten besonders schuldig zu sein, ihn gegen eine Reihe von Vorwürfen zu verteidigen. In den vergangenen zwei Jahren, als diese Regierung gebildet wurde und sie den Auftrag von dem Herrn Reichspräsidenten bekam, da mußte sich die gegenwärtige Reichsregierung darauf einstellen, daß sie ein langes, schweres und höchst unpopuläres Amt durchzuführen habe. Was heute die Welt erschüttern läßt in einem wirtschaftlichen Chaos, in einer Krise ohne Gleichen, das ist eben nicht anders als die geschichtlich sich immer wiederholende Tatsache, daß ein Krieg wirtschaftlich nie ungestraft geführt werden kann.

Eines haben wir erreicht trotz aller Nöte, daß die Landwirtschaft nicht soweit zusammengebrochen ist, wie in den meisten übrigen Ländern. Wir sind das einzige Land, dem es gelungen ist, die Preise für Brotgetreide auf das Zweifache des Weltmarktpreises zu bringen. Wir haben die Genossenschaften gerettet; wir haben die wirtschaftlichen Unternehmungen des Mittelstandes gerettet, wir haben die Großbanken saniert, obwohl wir Monat für Monat überlegen mußten, wie wir das notwendige Geld zusammenkräufen konnten, um die Liquidation durchzuführen und um sechs Millionen Erwerbslose über den schmerzlichen Winter hinwegzubringen.

Es ist uns gelungen, unsere öffentliche Wirtschaft und den Etat durchzuführen und die Währung in Deutschland stabil zu halten. Es wäre bequemer gemeinsamen Wege zu beschreiten, mit denen die Nationalsozialisten hauffieren gehen. Dann hätten wir uns populär gemacht, aber dann wäre das Chaos gekommen.

Eine vaterländische Rundgebung in Freiburg

Am Freitagabend fand in der Städtischen Festhalle in Freiburg eine machtvolle vaterländische Rundgebung für Hindenburg statt.

Der Vorsitzende des Hindenburg-Ausschusses in Freiburg, Universitätsprofessor Dr. Ritter, begrüßte die große Versammlung. Als erster Redner sprach der ehemalige Reichsaussenminister Dr. Curtius, der nach einer sympathischen Würdigung des Reichspräsidenten von Hindenburg zum Ausdruck brachte, es handle sich um den Kampf eines Charakters gegen Schwärmegeister, Demagogie und Brutalität. Es sei eine unerhörte Freulei, daß gerade im Osten weiteste Kreise der Landwirtschaft gegen Hindenburg eingestellt seien. Hindenburg gerade sei es gewesen, der den Osten vor der slawischen Flut bewahrt habe. Hindenburg, der das Ansehen der deutschen Nation im Ausland gesteigert habe und als überparteilicher Präsident der Nation sich niemals von irgendeiner Parteirichtung habe leiten lassen, müsse von jedem national gesinnten Deutschen gewählt werden. Zum Youngplan sagte der Redner, daß dieser infolge der neuen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse tot sei. Die Ausführungen wurden am Schluß mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Der zweite Referent des Abends war der frühere deutsche nationale Reichs- und Landtagsabgeordnete Geh. Oberreg.-Rat Dr. von Drander. Dieser untrüb ebenfalls in großen Zügen die Gestalt Hindenburgs vom Standpunkt eines eck Konserwativen heraus. In seiner Gegenüberstellung Hindenburgs zu Hitler führte er aus, daß sich hier nicht nur zwei Generationen, sondern zwei große Prinzipien gegenüberstehen. Der eine Mann sei rein humanistisch eingestellt, durch weltgeschichtliche Leistungen legitimiert, der andere zunächst völlig unbewährt. Der eine sei Träger des überparteilichen Staatsgedankens, der andere bewühre, sehr erfolgreicher Parteiführer. Wir haben Anlaß zu danken, daß wenigstens ein Mann da ist, dem das Volk über alle Gegenstände hinweg sein Vertrauen ausspricht.

Eine Mahnung aus der Wirtschaft

Geheimrat Prof. Duisberg, bis vor kurzem Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie, setzt sich in der „Nationalen Zeitung“ für die Kandidatur Hindenburgs ein, die eine Selbstverständlichkeit und erste Pflicht sei.

Man hört manchmal, daß man dem „Unterzeichner der Notverordnungen“ seine Stimme verweigern müsse.

Man hat aber auch in der Wirtschaft einsehen müssen, daß die Notverordnungen gegenüber dem sonst sicheren Zusammenbruch der Wirtschaft, der Staatsfinanzen und der Währung das kleinere Übel sind, um ein selbständiges deutsches Geschäftsleben, wenn auch mit allen Einschränkungen der Notzeit überhaupt noch aufrechtzuerhalten. Wer aus Protestgefühl gegen die Notverordnungen am 10. April aus der Millionenzahl der Hindenburg-Wähler ausscheidet, zeigt damit, daß er die wirklichen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennt.

Die Besetzung des Ensembles bei jeder ähnlichen Aufgabe von selbst einstellen. Für die geistige Verarbeitung des dichterischen Stoffes war aber anerkanntermaßen viel Mühe unter Felsensteins Führung von jedem einzelnen verwandt worden, und die schnellste Abwicklung des Dramas durch eine praktische Bühneneinrichtung, mit stabilen Grundriß erreicht; allerdings raubte diese strenge Zügelung der Bilder ihnen auch oft Farbe und Stimmung. Eine künstlerisch weit darüber stehende Leistung, ein Eindruck prächtiger Geschlossenheit, war, unter Felsensteins Regie, die Aufführung des „Clavigo“, dieses besten Theaterstücks, das wir von Goethe haben.

Den 200. Geburtstag von Joseph Haydn beging man mit einem von Hugo Balzer sticht dirigierten Festkonzert, bei dem Professor Willibald Gurlitt in seiner kenntnisreichen, mutigen Gedächtnisrede darlegte, daß es eine Haydn-Tradition längst nicht mehr gebe und daß seine Werke für uns heutige in vielen nur aus ihrer historischen Bedingtheit heraus zu verstehen sind. Es war daher eine hübsche Idee von Balzer, die ins Kammermusikalische einmündende Sinfonie Nr. 45 in Fis-Moll bei Kerzenbeleuchtung spielen zu lassen, wobei dann die einzelnen Spieler nach und nach ihre Lichter löschten und sich verließen — zur Erinnerung daran, daß dieses Werk damals im Protest gegen den Fürsten Esterhazy geschaffen worden war. In einer von Wilhelm Franzen mit sicherem Empfinden dirigierten Uraufführung lernte man einen hier bisher unbekanntem Stück „Die Pilger von Meß“ kennen, eine komische Oper, deren Titel einem allerdings bis zum Schluß ein Rätsel bleibt. Drei Akte durch die Mitwirkung der Drehbühne in einen einzigen zusammengezogen, durch Arthur Schneiders Spielleitung mit farbigem Leben reißvoll gefüllt, allerlei musikalische Feinheiten, schöne Stimmen, bei so primitiver Handlung für uns heute trotzdem um ein Drittel zu lang. Voraus ging ein anderes Kind von Glucks heiter lächelnder Muse: „Die Maientänze“ — er.

Internationale öffentliche Arbeiten

Pläne des Völkerbunds-Ausschusses

Der Völkerbundsausschuß, der für die Frage der Vergabung öffentlicher Arbeiten auf internationaler Grundlage eingeschritten worden ist, trat zuletzt unter dem Vorsitz Dr. Dormüllers in Paris zusammen und hat zunächst gewisse Grundzüge zur Behandlung der verschiedenen Projekte aufgestellt. Es wird gefordert, daß diese Projekte wirkliche Arbeitslosigkeit erleichtern sollen, daß sie produktiven Charakter haben und daß ihre Durchführung von internationalem Interesse ist.

Nach eingehender Prüfung hat der Ausschuß beschlossen, verschiedene der eingegangenen Projekte dem Völkerbundsrat vorzulegen. Darunter befindet sich ein Plan der griechischen Regierung, in der Ebene von Saloniki große Entwässerungsarbeiten vorzunehmen, ferner ein Straßen- und Brückenbauplan der lettischen Regierung, zahlreiche Projekte der polnischen Regierung, die hauptsächlich der Trinkwasserzufuhr verschiedener polnischer Städte gelten. Bemerkenswert ist noch ein Straßenbauprojekt der jugoslawischen Regierung, die beabsichtigt, parallel der rumänischen und der ungarischen Grenze eine große Straße zu bauen, die eine Verbindung mit den benachbarten Hauptstädten, einerseits in der Richtung nach München, andererseits in der Richtung nach Saloniki schaffen würde. Ein Straßenbauprogramm der österreichischen Regierung sowie gewisse Eisenbahnprojekte der rumänischen Regierung sollen noch weiter geprüft werden.

Der Bau der Rhein-Main-Donau-Wasserstraße

Mitteilungen des bayerischen Innenministers

Im Bayerischen Landtag erklärte zu den Wünschen, daß die Arbeiten der Rhein-Main-Donau-WG. fortgesetzt werden und daß Bayern und das Reich an den Leistungen hierzu festhalten, Innenminister Stübel, daß auch in diesem Jahre die Leistungen von Reich und Bayern an die Rhein-Main-Donau-WG. fortgesetzt werden. Allerdings müßten die Beträge vom Reich und von Bayern einheitlich etwas herabgemindert werden, aber immerhin werden rund 6 Millionen zur Verfügung stehen, so daß die Arbeiten in ausgedehntem Maße fortgesetzt werden können. Von der Rhein-Main-Donau-WG. wurde an der Donau das Schleifkraftwerk fertiggestellt, durch das die bekannte Felsenstraße zwischen Vilshofen und Passau auf rund 25 Kilometer Länge überbaut und schiffbar gemacht wird. Das Schwerkraftwerk der Arbeiten liegt nördlich von Main, wo zur Zeit an der Kanalifizierung des Maines von Aischaffenburg bis Würzburg gearbeitet wird. Fertiggestellt sind in dieser Strecke bereits 4 Staustufen, und zwar Obernaun, Kleinwallstadt, Klingenberg und Kleinheubach. Daran anschließend ist eine weitere Staustufe bei Freudenberg im Bau. Ferner wurde im Vorjahre die Staustufe Gerlabrunn bei Würzburg als Notstandsarbeit in Angriff genommen. Bei der derzeitigen Wirtschaftslage war der Rhein-Main-Donau-WG. die Aufnahme von Anleihen nicht möglich. Der Weiterbau der Wasserstraße kann daher zur Zeit nur mittels der Darlehen von Reich und Bayern erfolgen. Doch wird die Gesellschaft, sobald die Wirtschaftslage es gestattet, versuchen, für den Forttrieb der Wasserstraße sich noch zusätzliche Mittel auf dem Anleihemarkt zu verschaffen.

Das Notprogramm der Jugendwohlfahrtspflege

Das Reichsinnenministerium wird demnächst ein umfassendes Notprogramm für Jugendwohlfahrtspflege veröffentlicht, das jetzt den Regierungen vorliegt. Bereits auf der Konferenz zur Erhaltung der Jugendwohlfahrtspflege vom 7. Dezember 1931 wurde der Wunsch ausgesprochen, die beruflichen Vertreter der freien Jugendwohlfahrtspflege möchten dem oft sinnlosen und schematischen Abbau der jugendfürsorglichen Einrichtungen in Stadt und Land entgegenzutreten. Das Notprogramm, von der deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt aufgestellt, beschäftigt sich in drei großen Abschnitten: „Kinderfürsorge und Jugendpflege“, „Fürsorge für die erziehlisch und gesundheitlich gefährdete Jugend“ und „Organisation und Inhalt der Jugendwohlfahrtspflege“ mit den großen Einzelgebieten der Jugendhilfe, die wiederum in Sondergebieten aufgeteilt sind.

Einleitend gehen die Verfasser des Programms auf die schwere wirtschaftliche Not der augenblicklichen Zeit und der zu erwartenden weiteren schweren Monate ein. Die Jugendhilfe dürfe in ihren Leistungen um so weniger nachlassen, als die steigende wirtschaftliche Krise auch eine verärfachte Jugendnot mit sich bringe. Das Notprogramm geht in seinen einzelnen Abschnitten ausführlich auf die Möglichkeiten von Erparnissen sowohl in jädlicher wie in organisatorischer Beziehung ein. Erparnisse an Verwaltungskosten seien zum Beispiel möglich durch Vereinfachung und Vereinheitlichung der Organisationsformen sowohl der öffentlichen wie der freien Jugendwohlfahrtspflege. Auch die umfassende Mitarbeit der freien Jugendwohlfahrtspflege stelle sich als eine wichtige Sparmaßnahme für die öffentliche Jugendwohlfahrtspflege dar. Sie sei gleichzeitig die unbedingt notwendige Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung der augenblicklichen Jugendnot.

Am Schluß des Programms wird ausgeführt, daß keine Mangordnung die Bedeutsamkeit der Aufgaben und Einrichtungen der Jugendwohlfahrtspflege in ihren Auswirkungen für die Gesundheit und Erziehung der Jugend aufgestellt werden könne. Eine Entscheidung darüber, welche Aufgaben und Einrichtungen unbedingt zu erhalten seien, müsse von den örtlichen Verhältnissen abhängig gemacht werden. Gesundheits-, Jugend- und Arbeitsämter, Kommunaljugendgerichte, Schulen und Lehrerschaft müßten zu besserer Zusammenarbeit kommen. Die Jugendamtsausschüsse seien endlich lebendig zu gestalten und ihre Sitzungen entsprechend zu ändern. Die Erhaltung und wenn möglich Vermehrung geschulter und erfahrener Berufskräfte in der amtlichen und privaten Jugendhilfe sei Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit.

Kleine Chronik

Die schon durch frühere Finanzskandale bekannte Frau Ganeu in Paris ist abermals, und zwar wegen Dokumenten-diebstahls usw., verhaftet worden.

Während eines Abendsfluges stießen in Rom zwei Bombenflugzeuge zusammen und stürzten ab. Zwei Offiziere und fünf Mann der Besatzung wurden getötet.

In San Francisco wurde ein Betrag von 35 Millionen Dollar für den Bau der größten Kettensbrücke der Welt bewilligt, welche beide Ausläufer des Goldenen Tors, der einzigen Zufahrt von der See nach San Francisco, verbinden wird. Mit dem Bau wurde im Herbst begonnen und wird volle 4 Jahre dauern. Die Struktur des Hauptteiles wird zwischen seinen Türmen 1270 Meter messen, das ist die längste Bogenweite, welche je verwirklicht wurde. Die Brücke wird eine Kettensbrücke von einfacher Konstruktion für Fußgänger und Fahrzeuge in einer Länge von 6400 Fuß (von einem Ende zum anderen) sein und zwischen den Hauptstützen 8943 Fuß messen.

Die S.-A. und die Länder

Badische Minister fordern Auflösung der S.-A.

In einer Hindenburg-Rundgebung am Donnerstagabend in Bruchsal, betonte Staatspräsident Dr. Schmitt, die badische Regierung verlange von den Beamten Disziplin, und wer sich dagegen verbeuge, gegen denjenigen werde disziplinarisch eingeschritten. Im Staate dürfe kein anderer Staat bestehen, die S.A.-Gruppen müßten und würden verschwinden. Die Reichsregierung müsse hierin baldigst handeln. Kein Staat habe in der Zeit so große Opfer gebracht, wie die Arbeiterschaft, und andere Stände mögen sich das zum Vorbild nehmen, besonders auch die Beamtenschaft.

In einer Hindenburg-Versammlung in Durlach setzte sich Finanzminister Dr. Mattes mit der NSDAP. auseinander und sagte, er begrüße die Aktion in Preußen und hoffe, daß sie mit der Auflösung der S.A. und S.S. ende.

Veröffentlichungen in Bayern, Hessen und Anhalt

Nunmehr veröffentlicht auch die heftige Regierung umfangreiches Material über die Organisation der S.A. und S.S.-Formationen in Hessen und deren Zusammenziehung während des 1. Wahlganges, und zwar auf zentrale Anweisung und nach einem einheitlichen Plan. Die Stärke der S.S.-Formationen in Hessen wird auf etwa 5-9000 Mann beziffert, die alle auf unbedingten Gehorsam gegenüber dem obersten S.A.-Führer in München verpflichtet seien. Unter den Führern der S.A. befinden sich eine Reihe bekannter und namhafter ehemaliger Kommunisten. Diese Formationen waren feldmäßig ausgerüstet und hätten Befehl gehabt, bis zum 14. März an ihren Stellen zu bleiben. Am 11. März erklärte der S.S.-Sturmführer Dernehl bei einem Sturmappell in Darmstadt, jeder einzelne Stabteil solle die sogenannte Bluttiefe überwinden und andere ins Jenseits befördern, bevor er selbst daran glauben müsse. Anschließend wurden Verbandspäckchen ausgegeben. Ferner wird darauf verwiesen, daß die S.A. und S.S.-Leute bestrebt seien, „um jeden Preis und auf jede Art und Weise“ in den Besitz von Waffen zu gelangen.

In neuen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung heißt es:

Es ist neben vielem anderen festgestellt, daß die S.A.-Mannschaften in den Bezirken Augsburg, Günzburg, Kempten, Lindau, Markt-Oberdorf, Memmingen, Mindelheim, Schwab-München, Sonthofen und Wertingen zusammengezogen waren. Die Leute waren mit Rucksack oder Tornister sowie mit Wäsche und Proviant für mehrere Tage ausgerüstet. An anderen Orten war die S.A. nur in den Abendstunden des 13. März zusammengezogen. Von Kaufbeuren wird berichtet, daß für den Fall eines Sieges Hitler am 13. März S.A.-Leute bestimmt waren, das Rathaus zu besetzen. Es kann als erwiesen angesehen werden, daß an verschiedenen Orten alles vorbereitet war, um die S.A. zu auswärtiger Verwendung für mehrere Tage zu verschieben. So lagen die Dinge am Wahltage bei den S.A. in verschiedenen Orten Schwabens. Überall dieselbe Stimmung: Der Sieg Hitlers am 13. März gibt der S.A. die volle Freiheit des Handelns. Was damit gemeint war, beweist die Feststellung, daß z. B. in Koblach (Oberbayern) für die S.A. Alarmbereitschaft angeordnet war, um — wie gesagt wurde, am nächsten Tage nach München auszurücken.

In der Freitagssitzung des anhaltischen Landtages teilte Staatsminister Dr. Weber in Übereinstimmung mit dem Oberreichsanwalt mit, daß auf Grund des Urkundensmaterials, das von der Dessauer Polizei im Dezember bei führenden Mitgliedern der S.A. beschlagnahmt worden sei, sich der dringende Verdacht ergebe, daß Mitglieder der NSDAP. den Plan vorbereiten, die Verfassung des Reiches und des Landes Anhalt gewaltsam zu ändern. Zu diesem Zweck sei eine militärische Ausbildung der S.A. vorgenommen und die militärische Besetzung wichtiger öffentlicher Gebäude in Dessau und die Festnahme führender Männer der Regierung und des Staates Anhalt vorgesehen gewesen. Der Oberreichsanwalt habe ein Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen sei.

Der Stand der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches betrug am 31. März 1932 1,7 Milliarden Reichsmark, gegen 1,9 Milliarden Reichsmark am 29. Febr. 1932.

Badischer Teil

Aus dem Landtag

In den ersten Tagen der kommenden Woche werden alle Parteien des Hauses Fraktionsitzungen abhalten. Der Haushaltsausschuß wird am Dienstag, den 12. April, vormittags, seine Beratungen wieder aufnehmen. Der Beginn der Plenarsitzung am 14. April, nachmittags, findet eine Sitzung des Verrechnungsausschusses statt.

Dr. Söbe

zu den nationalsozialistischen Vorwürfen

In einer Rundgebung für die Wiederwahl Hindenburgs in Adern setzte sich der Chef der badischen Zentrumspartei, Dr. Söbe, insbesondere mit den Nationalsozialisten auseinander. Er kam dabei auch auf die Vorwürfe des Hochverrats zu sprechen, die gegen ihn, Dr. Söbe, sowie die Abgeordneten Dr. Kaufmann und Diez erhoben worden waren. Wie der Redner erklärte, hat der Oberreichsanwalt mitgeteilt, daß er keinen Anlaß sehe, ein Verfahren einzuleiten. Der Prozeß gegen den „Führer“ und den „Alemannen“ könne jetzt durchgeführt werden und das Strafverfahren gegen die Verleumder werde nunmehr in Gang kommen.

Die Erhebung der Landes- und Ortskirchensteuer für 1932

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat als Steuergrundlage für das Kirchensteuerjahr 1932 bei den Lohnsteuerpflichtigen die für das Kalenderjahr 1932 festgestellte Einkommensteuer bestimmt. Im übrigen gelten als Steuergrundlagen für die Erhebung der Landeskirchensteuer bei der Einkommensteuer und bei der Grund- und Gewerbesteuer die im Kirchensteuerjahr 1932 erfolgenden Ursteuerzahlungen, für die Erhebung der Ortskirchensteuer die Ursteuerbeträge an Einkommen- und Körperlichkeitssteuer für im Kalenderjahr 1932 zu Ende gehende Steuerabschnitte und die Grund- und Gewerbesteuerveranlagung für das Rechnungsjahr 1932. Bis zur Feststellung dieser Steuergrundlagen und Fertigstellung der endgültigen Hebesätze gelten als vorläufige Steuergrundlagen für die Erhebung der Landes- und Ortskirchensteuer im Kirchensteuerjahr 1932 die für das Kirchensteuerjahr 1931 festgestellten Steuergrundlagen. Die Religionsgesellschaften sind berechtigt, auf Grund der vorläufigen Steuergrundlagen Vorauszahlungen für das Kirchensteuerjahr 1932 zu erheben.

Ein Aufreiß der Badischen Hindenburg-Ausschüsse

Nur Hindenburg darf Sieger sein!

Das deutsche Volk hat am 13. März 1932 zu erkennen gegeben, daß Reichspräsident v. Hindenburg auch in dem schweren Ringen der allernächsten Zeit

der Führer des deutschen Volkes bleiben muß.

Am kommenden Sonntag muß erneut und mit noch größerem Nachdruck das Vertrauen zu Hindenburg bekräftigt und befestigt werden! Damit ehrt das deutsche Volk sich selbst und belohnt sichtbar die seltene Treue eines großen Menschen.

In den trübsten Tagen der deutschen Geschichte hat die Vorsehung dem deutschen Volke immer wieder Führer berufen und im eigenen Volke die Energien geweckt, um aus der Tiefe der Erniedrigung zur Freiheit und zum Lichte emporzuheben.

In der deutschen Not des Augenblicks ist uns in dem verehrungswürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg

der Führer und Retter

der Nation gegeben. Mit Sehnsucht hat das deutsche Volk, hat vor allem die deutsche Jugend nach dem Führer gerufen, der mit reinem Willen und starker Hand, mit nationalem Stolz und unbegrenztem Willen den Weg aus Not und Elend nicht nur zeigt, sondern mit diesem Volk den schweren Weg zu gehen bereit ist. Das Beispiel des selbstlosen Führers hat die Wirkung auf den besten Teil des deutschen Volkes nicht verfehlt. Millionen deutscher Wähler aus allen Berufsständen, politischen Parteien und religiösen Gemeinschaften, aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes haben bereits bekundet:

nur Hindenburg darf Führer sein!

Noch keine politische Entscheidung hat mit so großer Entscheidung über alles sonst Trennende hinweg einen so deutlichen und mächtigen Willen bekundet, wie schon in dem ersten Wahlgang am 13. März. Das Geheimnis des Erfolges liegt im Wesen der Führerpersönlichkeit des jetzigen Reichspräsidenten begründet. Reichspräsident von Hindenburg ist die Verkörperung des deutschen Menschen.

Wer kann leugnen, daß er in einem langen Leben nur dem

Gebiet hat? Opfer und Treue sind die hervorstechendsten Eigenschaften seines langen Lebens, das offen vor dem ganzen deutschen Volke ausgebreitet ist. Nur dunkelhafter Nebel konnte den großen Selbsten des Weltkriegeres begreifen, aber den blanten Ehrenschild nicht bedecken.

Das deutsche Volk hat zu untercheiden vermoht zwischen Männern der Tat und Männern des Wortes.

Die letzte Entscheidung hat das Volk am Sonntag, den 10. April, zu treffen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Hindenburg siegen muß!

Und weil der Sieg noch glänzender sein muß, als am 13. März, darum wählt die deutsche Jugend das herrliche

Vorbild der Pflichterfüllung.

Die deutsche Mutter, in der Sorge um die Zukunft ihrer Kinder, kann nicht anders, als sich für den

Retter der Gegenwart und Zukunft entscheiden.

Wer den Aufstieg unseres Vaterlandes in harten Ringen um Ehre und Freiheit ehrlich will und den gereifenden Geist der Verkörperung von sich weiß, wer den Frieden der Konfessionen will und den Geist der Weisheit von sich weiß, der wählt das Vorbild aller Deutschen, Hindenburg!

Der Landesausschuß der Hindenburg-Ausschüsse Badens
Geurich, Wolf, v. Nöhl, Kronlein.

Zweiter Jugendwunderführerlehrgang der Badischen Jugendherberge

In der Woche nach den Osterferien veranstalteten die Badischen Jugendherbergen einen dreitägigen Jugendwunderführerlehrgang auf dem prächtig gelegenen Söhlberghaus bei Ottershöfen. 60 Teilnehmer aus allen Teilen des Landes waren erschienen, darunter gut die Hälfte aus dem Lehrstande.

In feiner pädagogischer Weise gaben die Referenten des Kurzes: Prof. Dr. Göttinger, Karlsruhe, Prof. Schmidt von der Landeswetterwarte Karlsruhe, Hauptlehrer Graf, Baden-Baden, und der dritte Vorsitzende der Badischen Jugendherbergen, Hauptlehrer Gädle, Karlsruhe, Einblicke in Fragen geologischer, wetter- und volkswirtschaftlicher, gesamtlicher, unterrichtlicher und naturtechnischer Art. Auf kleinen Wanderungen an den Nachmittagen wurde das Besprochene gezeigt und erläutert. Wäucher der Zuhörer wurde in Gebiete eingeführt, die ihm bis dahin noch ziemlich fremd waren. Über der ganzen Veranstaltung herrschte ein Grundton frohen, harmonischen Zusammenlebens.

Die Zahl der Teilnehmer hat bewiesen, wie dringend das Bedürfnis nach geeigneten Wanderführern und Bildungsmöglichkeiten hierfür ist. Die starke materielle Not in unserem deutschen Volke läßt viele die idealen und kulturellen Werte erkennen, die besonders auch durch das Wandern gefunden werden. Nun müssen aber auch Führer da sein, die die Jugend zur Natur und zu den Quellen deutschen Volkstums hinführen. Hierzu sollte der Jugendwunderführerlehrgang auf dem Söhlberg mithelfen, und sein Verlauf hat gezeigt, wie recht der 1. Vorsitzende der Badischen Jugendherbergen, Direktor Proffner, Karlsruhe, hatte, als er dazu aufrief.

Tagungen

Tagung der Badischen Hotelindustrie. Der Landesverband der Bad. Hotelindustrie und verwandten Betriebe e. V. (Sitz Baden-Baden) hält am Mittwoch, den 20. April d. J., im Schloßhotel zu Karlsruhe seine 31. ordentliche Hauptversammlung ab. In einer öffentlichen Versammlung 11 Uhr vormittags wird der Vorsitzende Frk. Gähler, Baden-Baden, über die Lage der badischen Hotels und über die Forderungen des Hotelgewerbes zum Entwurf eines Gesetzes über die dritte Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes sprechen.

Zu einer Bürgermeisterversammlung aus dem Bezirk Mosbach wurde Klage geführt, daß die Verpflegungssätze in den staatlichen Kindertagesstätten noch nicht gesenkt worden seien. Das Reichsmilchgesetz bringe dem Landwirt keinerlei Vorteile, da der derzeitige Milchpreis zu niedrig sei. Der reelle Handel habe nicht ausgeschaltet werden sollen. Die Erzeuger müßten nun die teuren Anlagen der Milchanstalten amortisieren. Gestagt wurde ferner über die den Gemeinden aufgebürdeten Volksschulklassen und es wurde gefordert, daß die Beförderungssteuer sowie die Milchabgabengebühren senkt werden müßten.

Gemeinderundschau

Der Kampf um das Schächten. Seinerzeit hat der Stadtrat von Leizig einen Antrag der NSDAP. entsprechend, das betäubungslose Schächten im städtischen Schlachthaus verboten. Darauf schloß die jüdische Metzger in einem Nachbarort und erhob Beschwerde gegen das Verbot beim Landeskommissar. Der Stadtrat vertritt die Ansicht, daß sein Beschluß den § 903 BGB. als gesetzliche Unterlage hat. Er stellt dabei ausdrücklich fest, daß er mit dem Verbot des betäubungslosen Schächten keinerlei Stellung gegen das Schächten an sich einnimmt, sondern daß er nur die Quälerei des zu schächten den Tieres verhüten will.

Der Bettlerlohn als Bettlerlohn. Die von der Stadtwartung St. Georgen seit einiger Zeit eingeführten Bettlerlohn haben sich sehr gut bewährt. Das Bettlerumwesen hat bedeutend nachgelassen, da viele Bettler am Betteln kein Interesse mehr haben, weil sie kein Geld mehr erhalten. Bei den „Jünglingen“ scheint es sich rasch herumgesprochen zu haben, daß in St. Georgen nur noch Schecks ausgegeben werden. Von denjenigen, die jetzt an die Türe klopfen, weiß man, daß sie der Gabe bedürftig sind, und gibt ihnen gern.

Kurze Nachrichten aus Baden

Espionage des französischen Nachrichtendienstes

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verurteilte am Freitag unter Ausschluß der Öffentlichkeit den früheren Offenburger Polizeibeamten Gerber aus Nebl a. N. wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, sowie die Ehefrau Josefine Grassmann wegen verbotenen Verbrechens des Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Für Gerber wurde außerdem die Zulassung der Polizeiaufsicht ausgesprochen. Gerber hatte seit längerer Zeit im Sold des französischen Nachrichtendienstes gestanden.

D3. Heidelberg, 9. April. Im „Europäischen Hof“ in Heidelberg haben sich Führer politischer Gruppen unheimlich ein Stellbildein gegeben. Es wohnten dort in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag der frühere Reichsaussenminister Dr. Curtius, der freisonjeharliche Reichstagsabgeordnete Graf Westarp und Adolf Döber mit einigen seiner Mitarbeiter, darunter Gregor Strasser.

ld. Heidelberg, 9. April. Die Ehrendoktorwürde wurde dem Leiter von Weibel, Dr. von Bodelschwing, der seit 25 Jahren als Nachfolger seines Vaters der sozialen Arbeiterkolonie von Weibel vorsteht, von der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg verliehen.

D3. Freiburg i. Br., 8. April. Ein lediger junger Mann hat am Donnerstagvormittag versucht, im oberen Zinnental die Frau eines Kraftwagenführers auf deren Verlangen zu töten. Zunächst brachte er ihr einen Schuß in die linke Brustseite bei, dann versuchte er ihr die Pulsader am linken Unterarm zu öffnen. Die Frau wurde in lebensgefährlichem Zustand in die chirurgische Klinik verbracht.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	9. April		8. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.58	170.92	170.58	170.92
Kopenhagen 100 Kr.	87.21	87.39	86.81	86.99
Italien 100 L.	21.66	21.70	21.69	21.73
London 1 Pf.	15.95	15.99	15.88	15.92
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.61	16.64	16.61	16.65
Schweden 100 Kr.	81.90	82.06	81.87	82.03
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. April 1932 hat sich in der verflochtenen Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 145,4 Mill. auf 4085,7 Mill. RM., derjenige an Rentenbanknoten um 5,2 Mill. auf 406,3 Mill. RM. verringert. Die Bestände an Gold und defungsfähigen Devisen haben sich um 0,019 Mill. RM. auf 1020,5 Mill. RM. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 92 000 RM. auf 878,7 Mill. RM. zugenommen und die Bestände an defungsfähigen Devisen um 111 000 RM. auf 141,7 Mill. RM. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und defungsfähige Devisen beträgt 25 Prozent, gegen 24,1 Prozent in der Vorwoche.

Reichsbankdiskont um 1/2 Proz. ermäßigt. Die Reichsbank hat mit Wirkung ab 9. April 1932 den Diskontsatz von 6 auf 5 1/2 Proz., den Lombardsatz von 7 auf 6 1/2 Proz. ermäßigt. Der Zentralauschuß hat dem Beschluß nach Begründung durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Lütger zugestimmt. Die Reichsbank läßt damit in Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der Wirtschaft diejenige Erleichterung zuteil werden, die mit Rücksicht auf die Gesamtsituation zur Zeit als möglich erscheint. Hervorgehoben wurde, daß seit der Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes von 7 auf 6 Proz. mit Wirkung vom 9. März die Verflüssigung des Geldmarktes sich fortgesetzt hat, und daß die übliche Unterbrechung durch den Quartalstermin verhältnismäßig gering war und rasch überwunden worden ist.

Die Handelskammer Freiburg veröffentlicht jetzt ihren Jahresbericht für 1931. Er beschränkt sich auf die Darstellung der Wirtschaftslage im Kammerbezirk. Danach zeigte die Lage am Grundstücksmarkt deutlich einen starken Rückgang. Ausländer traten fast nicht mehr als Käufer auf. Die Neubewertung der Grundstücke mit dem Sieben- bis Neunfachen für Freiburg und dem Neun- bis Elffachen für die anderen Gemeinden des Bezirks wird als überhöht angesehen. Die Zwangsversteigerungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um etwas mehr als 20 Proz. vermehrt. Die Zahl der Konkurse hat im Kammerbezirk gegenüber dem Vorjahr um rund 50 Proz. zugenommen. Das gleiche gilt für die Ableitung der Offenbarungseide und die Zwangsvollstreckungen. Die Durchschnittsverringeringung des Umlafes wird mit 15 bis 50 Proz. angenommen. Ihr entspricht auch die absolut und relativ gewachsene Arbeitslosigkeit gerade in Freiburg.

Einführung einer III. Klasse im Reichskraftwagentarif. Des Tarifbeirat für den Kraftwagentarif hat sich für die Einführung einer III. Klasse im Reichskraftwagentarif ausgesprochen. Zur neuen Klasse C gehören in Zukunft alle Güter der Klassen C bis G des deutschen Eisenbahngütertarifs.

Geschäftliches

Carl August Rietsch & Co., Kohlenhandelsgeellschaft, Karlsruhe, ist ab 11. April 1932 umgezogen nach Kaiserstr. 154 II. Stock, gegenüber der Hauptpost (im Hause Schmidt-Staub).

Aus der Landeshauptstadt

Der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl beginnt am Sonntag, den 10. April, morgens um 9 Uhr; um 18 Uhr ist die Wahlhandlung zu Ende. Was jeder Wahlberechtigte von der Wahlhandlung kennen muß, geht aus der Bekanntmachung des Oberbürgermeisters vom 5. d. M. hervor; es ist auch von uns schon anlässlich des 1. Wahlganges ausführlich mitgeteilt worden. Um das Wichtigste kurz zu wiederholen, sei darauf hingewiesen, daß man vor allem genau wissen muß, in welchem Wahlbezirk man in die Kartei eingetragen ist. Der Wahlberechtigte erfährt dies u. a. aus seiner Benachrichtigungskarte, die er von der Wahlgeschäftsstelle beim 1. Wahlgang oder in den letzten Tagen erhalten hat.

Man vergesse ja nicht, einen genügenden Ausweis zur Wahl mitzubringen, am zweckmäßigsten die Benachrichtigungskarte. Daß Mißbrauch von Ausweisen oder Stimmzettel strafbar ist, das sei auch diesmal betont. Die Wahlhandlung geht wie üblich vor sich. Wer seinen Stimmzettel zweideutig kennzeichnet, macht ihn ungültig; ungültig sind selbstverständlich auch Stimmzettel ohne Kennzeichnung. Nur den gekennzeichneten Stimmzettel in den Umschlag stecken, sonst nichts! Den Umschlag nicht schließen!

Beim 1. Wahlgang hat in den meisten Wahlbezirken die Mehrzahl der Wähler am Vormittag gewählt. Erwünscht ist, daß dies auch diesmal geschieht. Dann wird es möglich sein, daß bald nach 6 Uhr die Wahlhandlung geschlossen wird. Das liegt nicht nur im Interesse der schnellen Feststellung des Wahlergebnisses, sondern auch im Interesse der ehrenamtlich tätigen Wahlhelfer, von denen die allermeisten ja schon beim 1. Wahlgang tätig waren. Sie alle möchten natürlich bald nach 6 Uhr mit dem Auszählen der Ergebnisse beginnen, um ihre Arbeit bald beenden zu können. **Also auch bei dieser Wahl ist es erwünscht, daß man vor 14 Uhr (2 Uhr nachmittags) gewählt hat.** Bemerkenswert sei noch, daß am Wahlsonntag die Wahlgeschäftsstelle sich wieder in ihren Amtsräumen, Jähringerstraße 98, befindet (bis Samstagabend im Stongertshaus).

Die **Karlsruher Volksbücherei**. Am Ende des Wirtschaftsjahres 1931/32 waren bei der Karlsruher städt. Volksbücherei 13 000 eingeschriebene Leser vorhanden. Die Ausleiheziffer erreichte die respektable Höhe von etwa 110 000. Am 24. Juni d. J. blüht die städt. Volksbücherei und Lesehalle auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Das Goethe-Jahr sollte uns ein Mahner sein, eine möglichst große Gemeinschaft am Kulturgut des Buches teilnehmen zu lassen. Man schenke einer zentralen Stelle, wie die Volksbücherei, die zu Hause nicht mehr gebrauchten Bücherstücke.

Befehlsgangnahme Ausgabe des „Führers“. Der Polizeibericht meldet: Die Ausgabe des „Führers“ vom 8. April 1932 wurde polizeilich beschlagnahmt, weil diese Zeitung in der von ihr veröffentlichten amtlichen Bekanntmachung des Karlsruher Oberbürgermeisters über die Reichspräsidentenwahl den Kreis bei dem Namen Hitler unbefugterweise mit einem Kreuz versehen hatte und damit bei unbefangenen Lesern den Eindruck erwecken konnte, daß der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe in amtlicher Tätigkeit entgegen seiner Dienstpflichten zur Wahl eines Kandidaten auffordert.

Wahlmaterie. Der Polizeibericht meldet: In der Nacht zum Freitag wurde ein Haus in der Weststadt mit einer Wahlparade der SPD. in voller Ulfarbe beschmiert. Als Täter kommt ein verheirateter 39 Jahre alter Heizer aus der Poststraße in Frage, der heute morgen von der Polizei festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert wurde. Fingel und Farbtopf wurden in seiner Wohnung vorgefunden und sichergestellt.

Ansammlungen in der Kaiserstraße. Gestern nachmittag gab es in der östlichen Kaiserstraße bei der Techn. Hochschule wiederholt Ansammlungen von Personen, die die Anbringung des über die Straße gespannten Propagandabandes des Hindenburg-Ausschusses neugierig verfolgten, insbesondere nachdem bei den Arbeiten durch die im Sturm flatternde Leinwand eine elektrische Lampe in Trümmer gegangen war. Einige Studenten der Hochschule machten sich die Ansammlung zunutze, um für die KSDAP. Bekanntheit zu machen, indem sie von einem Fenster der Hochschule aus wiederholt ein Werbeplakat mit dem Bild Hitlers an die Reimen des Propagandabandes hängten. Das Plakat wurde jedesmal durch die Polizei entfernt. Die Polizei zerstreute die Ansammlungen und stellte die Ordnung wieder her. Der Inhaber des Ladengeschäftes, an dessen Hauswand das eine Ende des genannten Propagandabandes befestigt ist, wurde gestern am Fernsprecher von einem Unbekannten gedroht, daß ihn in der Nacht die Schaufenster eingeschlagen würden, wenn sie nicht für Entfernung des Bandes Sorge tragen würde. Die Polizei war auf der Hut und verhinderte so irgendwelche Terrorakte. — Zwei Malermeister von Weierheim werden sich zu verantworten haben, weil sie im Dienste der KSDAP. in Weierheim unberechtigterweise Werbeplakate anklebten. Ebenso werden sich ein 42 Jahre alter lediger Arbeiter und ein 24 Jahre alter Tagelöhner zu verantworten haben, der eine, weil er im Dienste der KPD. ein an einer öffentlichen Plakatsäule in Durlach angebrachtes Plakat der KSDAP. durch Abreißen beschädigte, der andere, weil er auf dem Werbeplakat einen Aushängelassen der Badischen Presse mit einer kommunistischen Wahlparole besetzte.

Der Dachstuhl der Gutenbergschule zum Teil abgebrannt. Heute nacht kurz nach 3 Uhr wurde Feuer in der Gutenbergschule gemeldet. Die ungeheure Hitze und vor allem der starke Rauch, der infolge der doppelten Verschalung unter dem dichten Schieferdach seinen Abzug fand, erschwerten die Löscharbeiten. Durch das schnelle Vortragen des Löschangriffes gelang es, etwa die Hälfte des südlichen Speicherflügels (Goethestraße) vor der Zerstörung durch das Feuer zu bewahren. Das Feuer hat vermutlich schon längere Zeit unbeobachtet geschwelt. Der Brandschaden am Gebäude ist, da der ganze Dachstuhl durch die Flammen außerordentlich stark gelitten hat, recht beträchtlich. Die Ursache konnte noch nicht ermittelt werden.

Im Kunst- und Rahmenhaus Büchle, Joh. B. Bertsch, Ludwigplatz, fesseln zur Zeit zwei große farbige Reproduktionen nach Michelangelo „Erbschaffung Adams“ und „Erbschaffung von Sonne und Mond“ den Beschauer. — Bildh. Sauter zeigte eine Anzahl realistisch aufgeführter Kriegsbilder aus den Sommerkämpfen 1916, Regt. 169, Abschnitt Serre, die das schwere Leben des Frontsoldaten vor Augen führen. Der bekannte Karlsruher Künstler Gust. Kullrich zeigt eine Kollektion gut empfundener Gemälde, unter denen hauptsächlich die Schwarzwaldbandschaft, Schwab. Hall, Ludwigsburg und einige prächtige Blumenstücke auffallen. Auch die übrigen Fenster bieten viel des Interessanten und sind jedem Kunstfreund zur Besichtigung zu empfehlen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Mehrere heftige Regengüsse zogen auch gestern vorüber; in mittleren und höheren Lagen, wo die Temperaturen jetzt unter Null gesunken sind, liegt heute eine geschlossene Neuwoldecke. Die Mächtigkeit der ganzen Schneedecke hat auf dem Feldberg einen Meter überstiegen. Gestern nachmittag traten einzelne Wolkensfronten wiederum mit Gewitter und Hagel auf. Heute früh ist unter dem Einfluß einer von Westen herangezogenen Hochdruckwelle Besserung des Wetters eingetreten. Vielfach hat es aufgehört, und die Winde sind nur noch schwach. Die Besserung wird jedoch nicht von längerem Bestand sein, da westlich der britischen

Inseln eine neue atlantische Zyklone angelangt ist, mit dem Einfluß im Laufe des Sonntags rechnen müssen. **Voraussetzungen**: Bevölkerungszunahme und später neue Niederschläge bei aufsteigenden Südwestwinden, Temperaturen wenig verändert und nur im Gebirge etwas aufsteigend. **Wasserstände**: Badstut 222 plus 17, Badst 42 plus 24, Schutterinsel 100 plus 22, Rehl 218 plus 18, Magau 416 plus 17, Mannheim 309 plus 19, Gaub über 200 Zentimeter.

Das badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 22) enthält eine Verordnung über die Erhebung der Landes- und Ortskirchensteuer für 1932 sowie eine Bekanntmachung über die Einbeziehung des Stadtteils Grünwinkel in den Stabesamtsbezirk Karlsruhe.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen
— Wasser- und Straßenaubdirektion —

Ernennung:
Zum Bauobersekretär der Baumeister David Kimmmer beim Wasser- und Straßenaubamt Donaueschingen; zum Zeichner der Zeichnungsstelle Richard Braun bei der Wasser- und Straßenaubdirektion.

Planmäßig angestellt:
Straßenwärter Emil Fennig in Kandern.
Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leibender Gesundheit: Der Straßenaubamt Gustav Wagner in Weierheim.
Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze:
Bauoberinspektor Johann King in Rastatt.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 12. bis 17. April 1932

Im Landestheater:
Dienstag, 12. April. * B 23. Th.-Gem. 101 bis 200. **Sommer von einst**. Operette von Kajai. 20 bis 22.30 (4.20).
Mittwoch, 13. April. * A 25 (Mittwochmiete). Th.-Gem. II. S.-Gr. **Der fliegende Holländer**. Von Wagner. 20 bis 22.45 (5.70).
Donnerstag, 14. April. * D 26 (Donnerstagniete). Th.-Gem. I. S.-Gr. **Zum ersten Male: Vor Sonnenuntergang**. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. 20 bis nach 22.30 (4.20).
Freitag, 15. April. **Geschlossene Sondernovellierung für die Volksbühne: Im weißen Röhl**. Singpiel von Benachth. 20 bis 23.
Samstag, 16. April. * C 28. Th.-Gem. 901 bis 1000. **Hoffmanns Erzählungen**. Von Offenbach. 20 bis nach 22.30 (5.70).
Sonntag, 17. April. **Morgenfeier „Wilhelm Busch“**. 11.15 bis 12.30 (0.50 bis 1.15).
Nachmittags: 11. **Vorstellung der Sondernovelle für Auswärtige: Der Wildschütz**. Komische Oper von Lorzing. 15.15 bis 18 (3.50).
Abends: * G 23. Th.-Gem. 1001 bis 1100. **Rigoletto**. Von Verdi. 20 bis 22.15 (6.30).
Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 17. April. * **Zur goldenen Liebe**. Operette von Benachth. 19.30 bis 22.15 (2.80).
Auswärtiges Gastspiel:
Samstag, 16. April. In Forzheim: **Tänze**.

Mit Heutigem übergebe ich Herrn Rud. Kutterer mein unter der Firma Joh. Hertenstein geführtes Manufakturwarengeschäft. Ich danke meiner verehrten Kundschaft für das mir bis jetzt entgegengebrachte Vertrauen und bitte, dasselbe auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll **FR. KUCH**

KLEIDERSTOFFE WEISSWAREN AUSSTEUERARTIKEL

Unter höfl. Bezugnahme auf nebenstehende Anzeige eröffne ich hiermit das von der Firma Joh. Hertenstein übernommene Manufakturwarengeschäft. Die verehrte Kundschaft bitte ich höflichst, das dem bisherigen Inhaber Herrn Fr. Kuch entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen gütigst auch auf mich übertragen zu wollen. Gleichzeitig möchte ich auch meine werte Kundschaft freudl. ersuchen, mir die Treue in bisher gewohnter Weise auch weiterhin zu bewahren. Auch würde ich mich bemühen, durch Verkauf nur bester Waren zu vorteilhaften Preisen in jeder Hinsicht Ihre Zufriedenheit zu erhalten.
Hochachtungsvoll **JOH. HERTENSTEIN**
Inhaber: Rudolf Kutterer
Herrenstr. 25, Ecke Erbprinzenstr.

ERÖFFNUNG: MONTAG, 11. APRIL

Hochachtungsvoll **JOH. HERTENSTEIN**
Inhaber: Rudolf Kutterer
Herrenstr. 25, Ecke Erbprinzenstr.



Badisches Landestheater

Sonntag, den 10. April 1932
Nachmittags
10. Vorstellung der Sondernovelle für Auswärtige
Neu einstudiert:
Der fliegende Holländer
Von Wagner
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Kruschka
Mitwirkende:
Gaberfort, Reich-Dörich, Kiefer, Schöpf, Schuster, Straß
Anfang 15¹/₂ Ende 17¹/₂
Preise 0,50—3,50 RM
Abends
*C 22. Th.-Gem. 1401—1500
Losca
Von Bucini
Dirigent: Schwarz
Regie: Kruschka
Mitwirkende:
Gaberfort, Reich-Dörich, J. Gröbinger, Hofpach, Kainbach, Rentwig, Derner, Kruschka
Anfang 20 Ende 22¹/₂
Preise E (1—6,30 RM)
Montag, den 11. April 1932
Volksbühne: Aprilvorstellung:
Wallenstein
Die Piccolomini — Wallenstein's Tod
Von Schiller
Regie: Dr. Baag
Mitwirkende:
Vertram, Ermarth, Frauendorfer, Seiling, Baumbach, Brand, Kloebe, Kienischer, Luther, Löfer, P. Müller, Mehner, Prüter, Schulze, v. d. Trend, S. Müller, Seibert

Grimm, Seibert, Rindemann, Schönthaler
Anfang 19¹/₂ Ende 23¹/₂
Preise B (0,70—4,20 RM)
Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben

Die 12.4. Sommer von einst. Mi. 13.4. Der fliegende Holländer. Do. 14. 4. Zum erstenmal: Vor Sonnenuntergang. Fr. 15. 4. Im weißen Röhl. Sa. 16. 4. Hoffmanns Erzählungen. So. 17. 4. Morgenfeier „Wilhelm Busch“. Nachmittags: Der Wildschütz. Abends: Rigoletto. Im Konzerthaus: Zur goldenen Liebe.



Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 10. April 1932
Zur goldenen Liebe
Operette von Benachth
Dirigent: Stern
Regie: Herz
Mitwirkende:
Genter, Janz, Seibert, Seiling, Fröh, D. Höfer, Brand, Kloebe, Kienischer, Luther, Löfer, P. Müller, Mehner, Prüter, Schulze, v. d. Trend, S. Müller, Seibert
Anfang 19¹/₂ Ende 22¹/₂
I. Portett 2,80 RM

Trunksucht
vollkommene Entwöhnung
Nichtraucher
in wenigen Tagen mit und ohne Wissen. L. 792
Aufklärung durch:
Karl - Apotheke, Karlsruhe

Sorculare
liefert preiswert
G. Braun GmbS.
Carl - Friedrich - Straße 14

3.009. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Fritz Wiegner, Inhaber einer Möbelschreinerei in Hagsfeld und die Verfügungsbeschränkung wurden nach Bestätigung des im Vergleichstermin vom 29. März 1932 angenommenen Vergleichs aufgehoben. Karlsruhe, den 6. April 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Schweningen. R. 883
Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 12:
Gruber, Albert, Chauffeur in Brühl und Ida geb. Mey. Vertrag vom 30. März 1932. — Gütertrennung. Schweningen, 7. April 1932.
Bad. Amtsgericht, I.

Carl August Nietten & Co.
KOHLENHANDELSGESELLSCHAFT
ab 11. April 1932 umgezogen nach
Kaiserstraße 154, II. Stock
gegenüber der Hauptpost (im Hause Schmidt-Staub)

Kunsthause Büchle Inh. W. Bertsch
hat zur Zeit ausgestellt
Gust. Kullrich, Karlsruhe
Wilh. Sauter, Ladenburg
Ludwigsplatz

Darlehen
Auszahlung sof. Bisher über 500 000 RM verm.
Aus, Inserieren bringt Gewinn!
Karlsruhe, Karlstraße 53, p.

Bad. Lichtspiele • Konzerthaus
heute 8.30 Uhr — Sonntag nur 4 Uhr — Montag 8.30 Uhr
Der große **Fremdenlegionsfilm**
Blutsbrüderschaft
Große Orchesterbesetzung! Jugend verboten!